

Stadt Siegen

NIEDERSCHRIFT

über die 22. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und
Liegenschaften

vom:	24.01.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	18:25 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Wirtschaftsförderung und Liegenschaften:

Boldt, Axel
Daus, Anny
Delius, Friedmund
Kiel, Horst Willi
Moll, Ilona
Mues, Gunter
Müller, Manfred
Neumann, Hildegard
Reitz, Manfred
Schulze, Werner
Schuß, Lothar
Steuber, Burkhard
Wehn, Wolfgang
Wunderlich, Horst

II. Beratende Mitglieder:

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Boldt bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 29.11.2001 und 06.12.2001

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. Beratung des Entwurfs von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2002 und des Investitionsprogramms 2001 bis 2005

Vorlagenr. 1657/2002

VERWALTUNGSHAUSHALT**UA 610 – Orts- und Regionalplanung**

Herr Schulze bringt vor, die SPD-Fraktion halte den Ansatz der Haushaltsstelle 1.610.6562.5 „Untersuchungen und Planungen zur Stadtentwicklung“ angesichts der zur weiteren Bearbeitung anstehenden Wohn- und Gewerbeflächenkonzepte nicht für auskömmlich.

Herr Kühn bestätigt die Ausführungen des Herrn Schulze. Allein die Untersuchungen der Gewerbestandorte beinhalteten ein Planungsvolumen von etwa 200.000,00 €. Dabei handle es sich um die Vergabe von Aufträgen für Verkehrsplanungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie Detailuntersuchungen (Geländetrassierungen etc.). Gleichwohl werde aber eine Landesförderung von 50%, somit circa 100.000,00 €, erwartet.

Herr Schulze beantragt, der Ausschuss möge sich für eine Ansatzerhöhung auf 200.000,00 € aussprechen.

Herr Mues stimmt der Anhebung grundsätzlich zu. Diese sollte sich jedoch nur auf 30.000,00 € netto belaufen. Komme es zu einer Förderung durch das Land, könne der Ansatz entsprechend erhöht werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften empfiehlt, den Ansatz der Haushaltsstelle 1.610.6562.5 von 70.000,00 € auf 100.000,00 € zu erhöhen. Sollte eine Landesförderung erreicht werden, ist der Ansatz in entsprechender Höhe zu erweitern.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

UA 791 – Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr

Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Haushaltsstelle 1.791.6555.4 „Fachbereichsbezogene Geschäftsausgaben (FB 1)“ um 25% gegenüber dem Vorjahr reduziert würden, so Herr Schulze. Die von der Politik erwarteten Leistungen könne der Fachbereich so nicht erbringen.

UA 880 – Allgemeines Grundvermögen

Herr Schuß und Frau Moll kritisieren, die unter Haushaltsstelle 1.880.1460.7 veranschlagte Pacht, die der Kreis Siegen-Wittgenstein für das Müllkippengelände in der Fludersbach zu zahlen habe, sei zu gering. Der Kreis erziele durch Unterverpachtung beträchtliche Einnahmen, an den die Stadt partizipieren sollte.

- ▶ ▶ ▶ Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften beauftragt die Verwaltung, mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein Verhandlungen über eine Erhöhung der Pacht für das Müllkippengelände aufzunehmen.

VERMÖGENSHAUSHALT**UA 630 – Gemeindestraßen**

Auf die Frage von Herrn Schuß antwortet Herr Weber, der Kreis Siegen-Wittgenstein habe eine finanzielle Beteiligung am Ausbau der Straße „Fludersbach“ zugesagt. In der Änderungsliste zum Haushalt 2002 sei die Bildung einer entsprechenden Einnahmeposition in Höhe von 97.000,00 € vorgesehen.

Herr Stötzel unterstreicht, dass die Kostenbeteiligung des Kreises zu einer Verringerung der von den Anliegern aufzubringenden Ausbaubeiträge führe.

UA 880 – Allgemeines Grundvermögen

Die SPD-Fraktion habe bei den Ansätzen der Einnahmehaushaltsstellen 1.880.3400.4 „Grundstückserlöse“, 1.880.3401.2 „Verkauf von Anteilen von Waldgenossenschaften“ und 1.880.3403.9 „Verkauf von Erbbaurechten“ erhebliche Bedenken. Es zeige sich, dass sich die Erwartungen, die man gehabt habe, nicht realisieren ließen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften stimmt dem Entwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2002 einschließlich des Investitionsprogramms 2001 – 2005 unter Berücksichtigung der Änderungsempfehlung zu.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

6. Arbeitsprogramm 2002 ff. für den Fachbereich 1 - Stadtentwicklung, Wirtschafts- und Strukturförderung, Liegenschaften und Statistik

Vorlagenr. 1668/2002

Herr Wehn führt aus, die CDU-Fraktion plädiere dafür, die Vorlage lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Die Verwaltung möge eine Prioritätenliste erstellen, aus der ersichtlich werde, welche Maßnahmen vorrangig bzw. nachrangig zu betreiben seien. Zudem enthalte das Arbeitsprogramm Projekte, die der Rat in dieser Form nicht beschlossen habe.

Herr Schulze erklärt, es sei wenig hilfreich, der Verwaltung aufzugeben, eine Prioritätensetzung vorzunehmen. Dies sei vielmehr Aufgabe der politischen Gremien. Außerdem würden die Maßnahmen vielfach von nicht beeinflussbaren Faktoren bestimmt, auf die man flexibel reagieren müsse.

Die aufgelisteten Projekte entsprächen alle dem grundsätzlichen Willen des Rates, so Herr Stötzel. Sie würden von der Verwaltung parallel bearbeitet, allerdings mit unterschiedlicher Intensität. Er rät von einer formellen Prioritätenbildung ab.

Herr Mues regt an, der Ausschuss möge die Vorlage heute zur Kenntnis nehmen und die Verwaltung beauftragen, ihm jeweils halbjährliche Berichte zum aktuellen Stand der Maßnahmen abzugeben.

Herr Schuß beklagt, für die „Strukturoffensive Oberstadt“ werde im Arbeitsprogramm kein Hinweis auf eine haushaltsmäßige Veranschlagung gegeben. Demzufolge sei trotz erheblicher Defizite auch in 2002 nicht mit konkreten Aktivitäten in dieser Hinsicht zu rechnen. Bereits beschlossene Maßnahmen seien teilweise noch nicht umgesetzt. Vor diesem Hintergrund werde es für die politischen Vertreter zunehmend schwieriger, der Bürgerschaft zu vermitteln, dass man die Oberstadt mehr beleben könne.

Herr Stötzel warnt davor, ständig auf die bestehende Problematik hinzuweisen und damit letztlich Anti-Werbung für die Oberstadt zu betreiben. Die Verwaltung werde ein Immobilien-Kataster für die Einzelhandelsflächen in diesem Bereich erstellen, um daraus Rückschlüsse für eine künftige Entwicklung ziehen zu können und gegebenenfalls unterstützend tätig werden zu können. Trotz weiterer Geschäftsaufgaben würden seit der jüngeren Vergangenheit einige Ladenlokale wieder genutzt. Im Übrigen sei bekannt, dass die ehemalige Kerber-Immobilie schwer zu vermarkten sei.

Beschluss (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften nimmt die Vorlage 1668/2002 zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, halbjährlich einen Bericht über den aktuellen Stand des Maßnahmenprogramms vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen